



CDU

FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK

ZUWANDERUNG UND INTEGRATION NEU REGELN

Christian Hartmann MdL

Neues Land



"Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben."
Peter Sloterdijk

H 15



CDU

FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

ÜBERBLICK: INTERNATIONAL

FLÜCHTLINGSZAHLEN 2014/2015

Weltweit: ca. 59,5 Mio. (2014)

ca. 65 Mio. (2015)

Europa: ca. 599 Tsd. (2014)

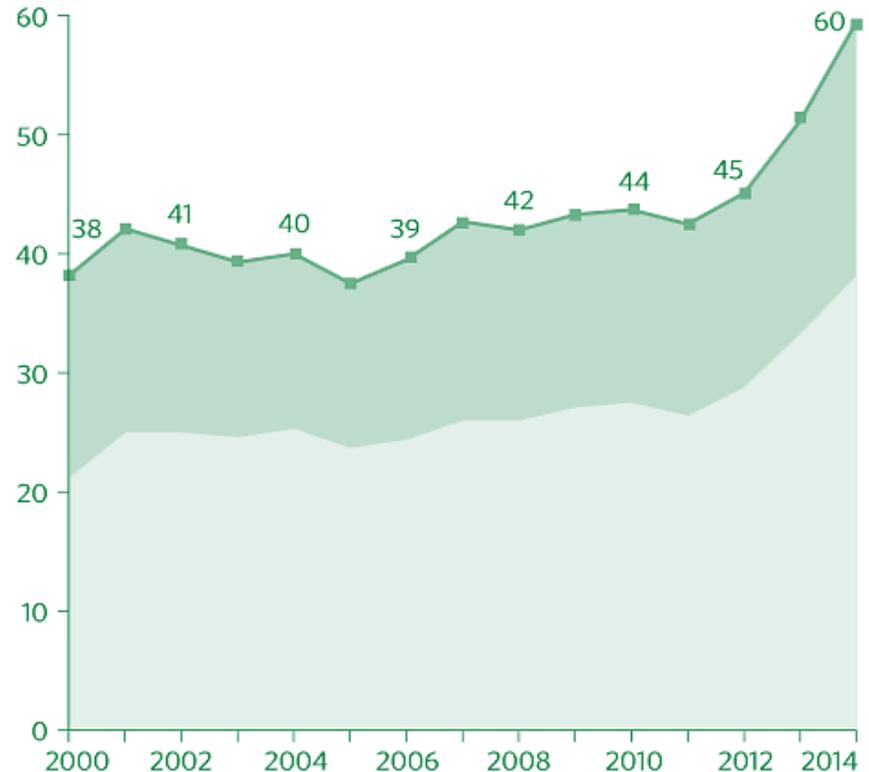
ca. 1,9 Mio. (2015)

BRD ca. 203 Tsd. (2014)

ca. 1,2 Mio. (2015)

ca. 153 Tsd. (02.2016)

Zahl der Vertriebenen – 2000-2014
(in Millionen)

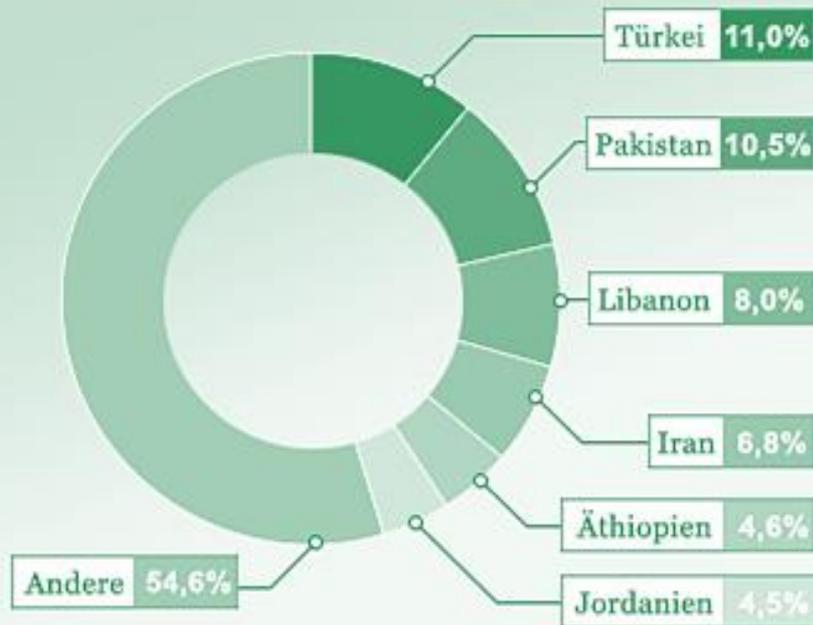


- Flüchtlinge und Asylsuchende
- Binnenvertriebene
- Gesamtzahl der Vertriebenen

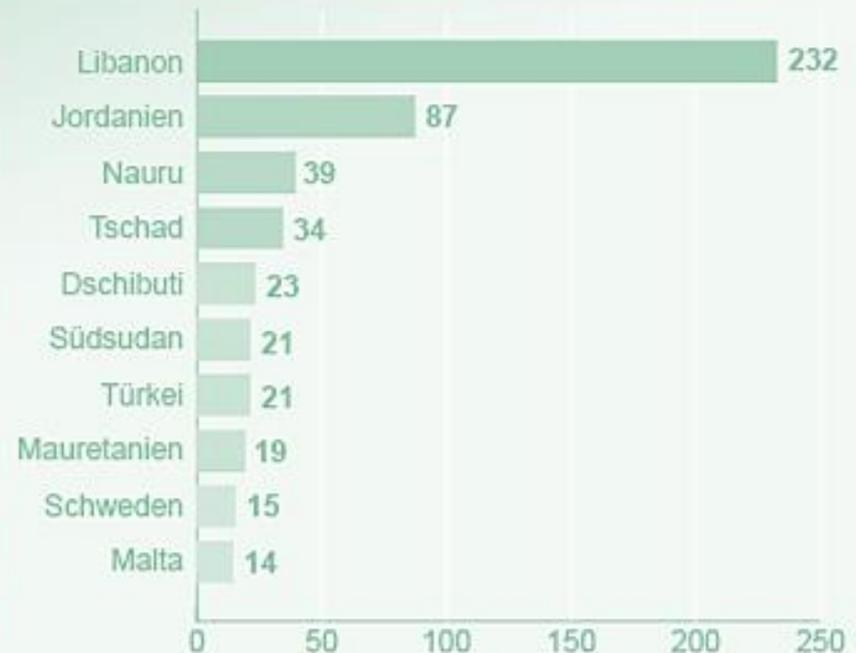
WER TRÄGT DIE HAUPTLAST?

Westliches Problem? Von wegen!

Diese Länder nehmen die meisten Flüchtlinge auf



Anzahl Flüchtlinge pro 1.000 Einwohner



- Neun von zehn Flüchtlingen finden in Entwicklungsländern Zuflucht, nicht in den Industriestaaten.
- In Deutschland kamen 2014 2,5 Flüchtlinge auf 1000 Einwohner.

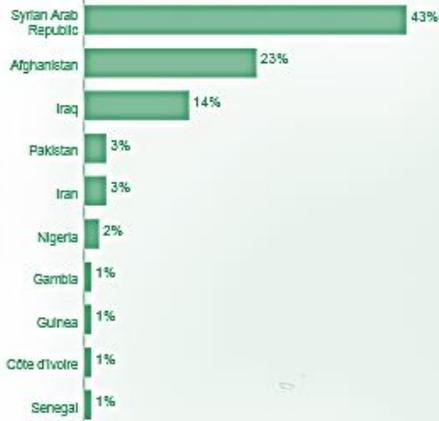
Quelle: UNHCR, 2014

FLUCHT NACH EUROPA: ÜBERBLICK

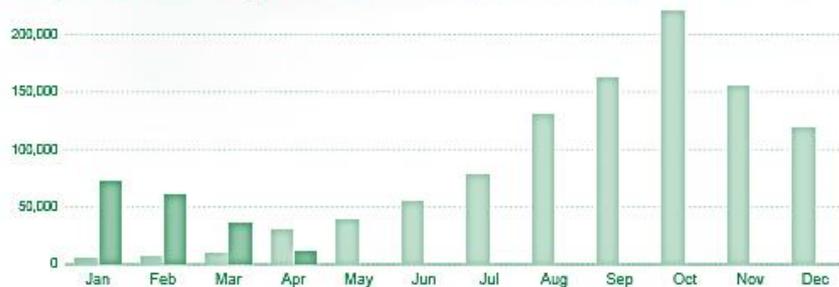
Increasing numbers of refugees and migrants take their chances aboard unseaworthy boats and dinghies in a desperate bid to reach Europe. The vast majority of those attempting this dangerous crossing are in need of international protection, fleeing war, violence and persecution in their country of origin. Every year these movements continue to exact a devastating toll on human life.

Top-10 nationalities of Mediterranean sea arrivals

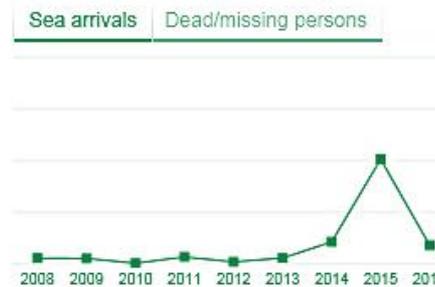
Top-10 nationalities represent 92% of the sea arrivals based on arrivals since 1 Jan 2016



Comparison of monthly Mediterranean sea arrivals



Evolution - Mediterranean Sea

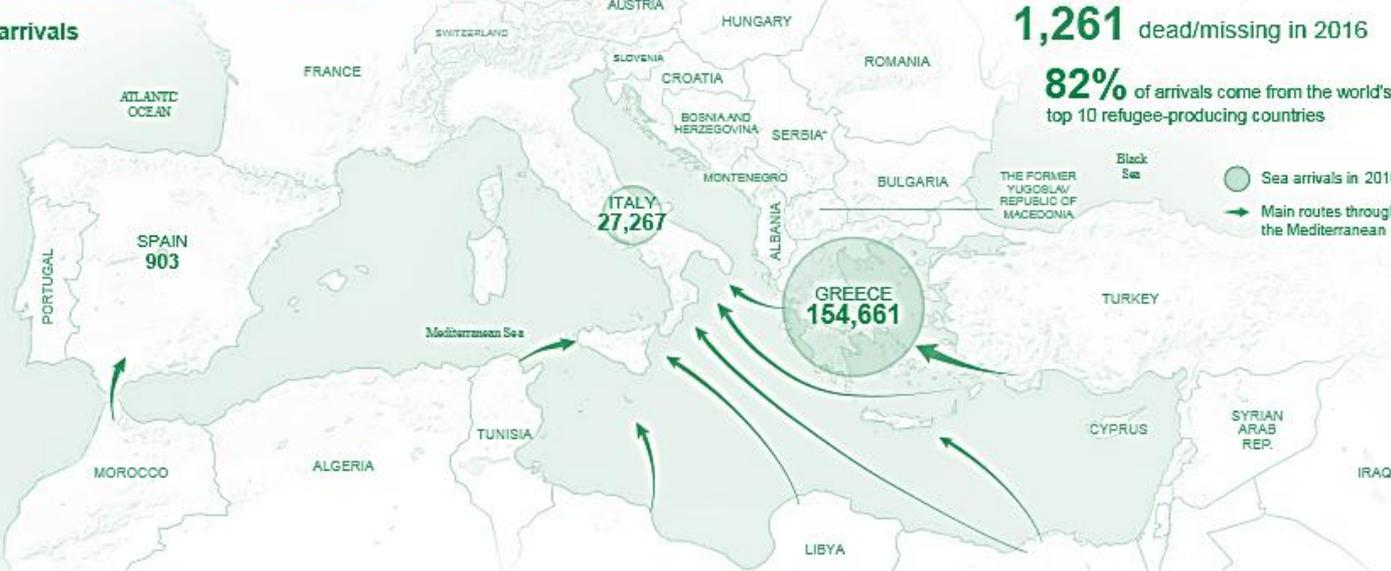


182,831 arrivals by sea in 2016

1,015,078 arrivals by sea in 2015

1,261 dead/missing in 2016

82% of arrivals come from the world's top 10 refugee-producing countries



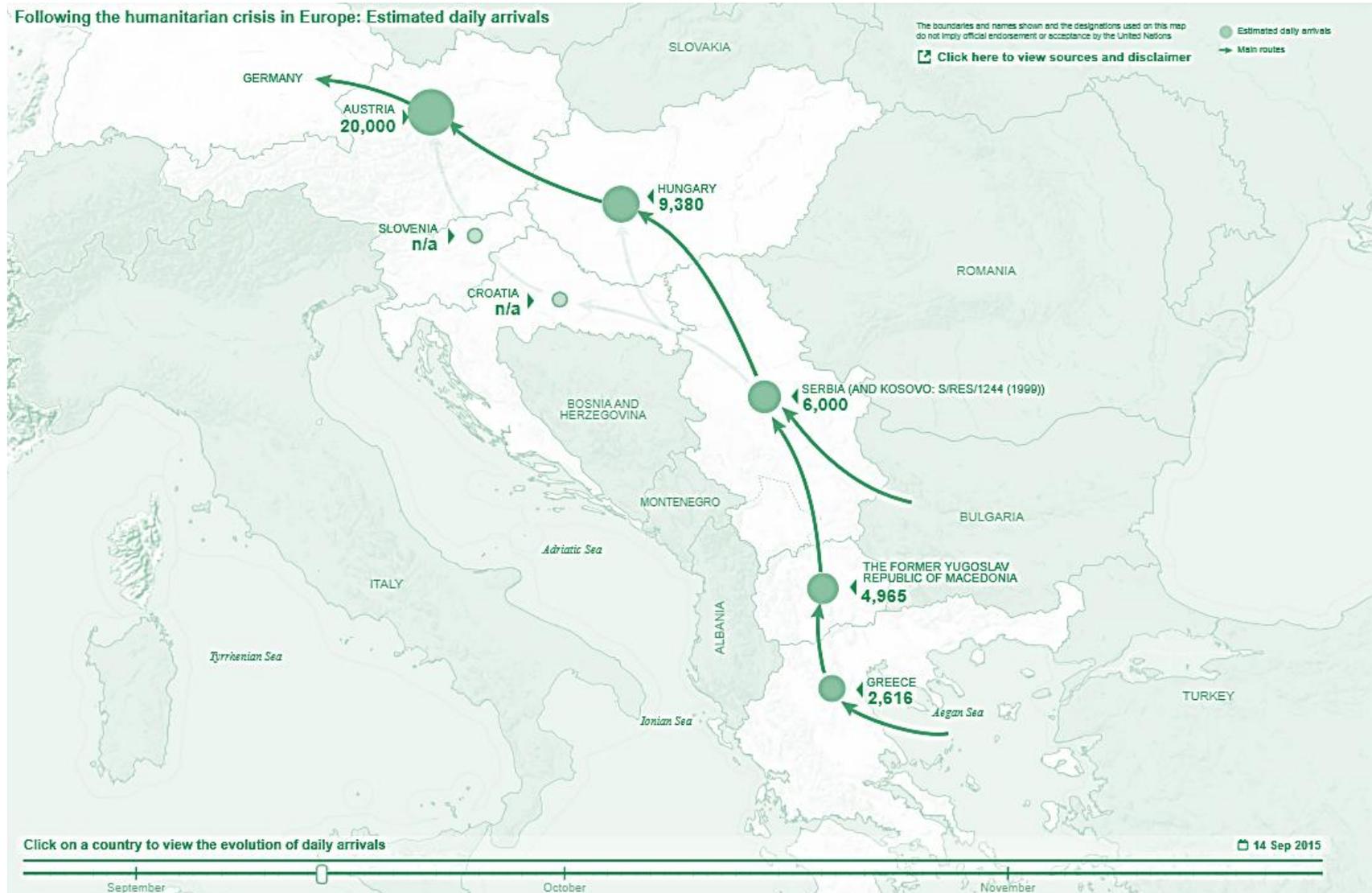
Demographics based on arrivals since 1 Jan 2016



Quelle: UNHCR, März 2016

WEGE IN DIE EU – DIE BALKANROUTE

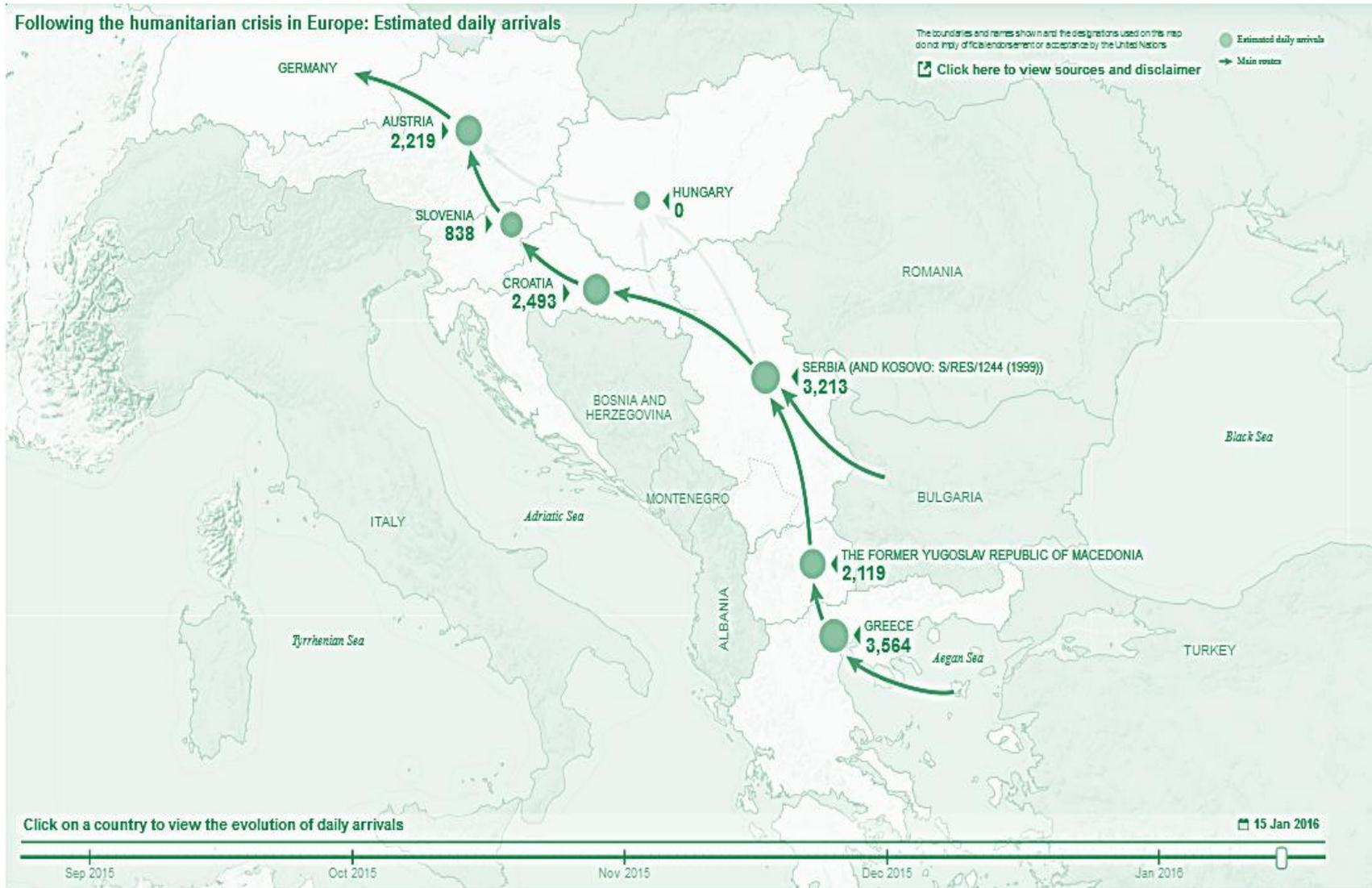
Flüchtlingsroute: Mitte September 2015



Quelle: UNHCR

WEGE IN DIE EU – DIE BALKANROUTE

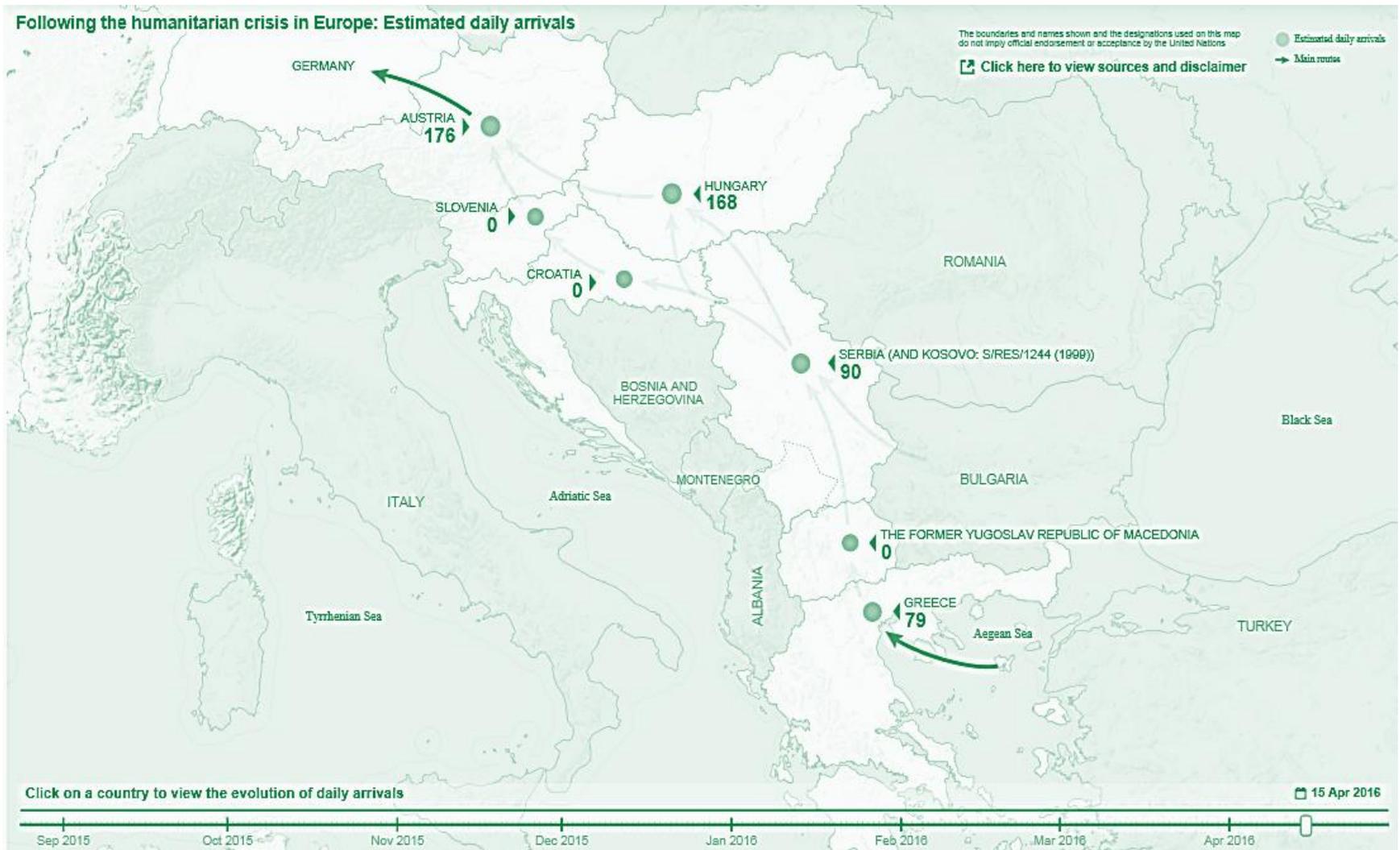
Flüchtlingsroute: Mitte Januar 2016



Quelle: UNHCR

WEGE IN DIE EU – DIE BALKANROUTE

Flüchtlingsroute: Anfang März 2016



Quelle: UNHCR

IM ERGEBNIS

- Balkanroute ist seit Mitte März geschlossen
- Vereinbarung mit der Türkei scheint zu greifen: Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland wurde massiv reduziert
- Deutschland profitiert von der restriktiven Grenzpolitik der Länder der Balkanroute
- Jedoch:
 - Kontrolle der Außengrenzen der EU weist noch immer erhebliche Lücken auf
 - Flüchtlingsproblematik hat sich wieder auf die äußeren Staaten der EU verlagert
 - Flüchtlingsstrom verlagert sich von Griechenland nach Italien

POSITIONEN

- Hilfe vor Ort, in der Nachbarschaft zu Kriegs- oder Bürgerkriegsländern / Deutschland ist einer der größten Beitragszahler des UNHCR.
- effektive Anwendung bestehender Rücknahmeabkommen sowie der Abschluss von weiteren Rücknahmeabkommen
- Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien / Wiederherstellung staatl. Strukturen in Lybien
- Effektiver Schutz der Außengrenzen / Frontex-Beamte erhalten hierfür hoheitliche Befugnisse und bessere Ausstattung
- Lückenlose EDV-basierte Registrierung aller Flüchtlinge in den Ersteinreisestaaten



CDU

FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

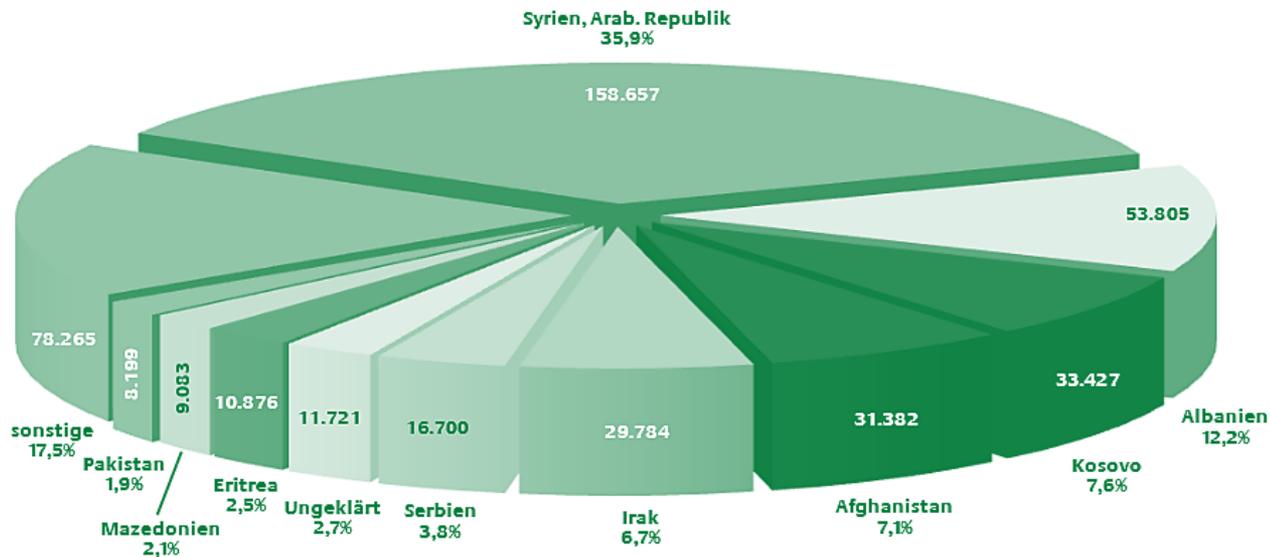
ÜBERBLICK: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

ÜBERBLICK ASYLBEWERBERZAHLEN 2008 - 2015

Region / Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
EU (28 Staaten)	226.330	266.395	260.835	309.820	336.015	436.125	598.755	1.300000	
Deutschland	26.945	33.035	48.590	53.345	77.650	126.995	202.815	1.200000	500.000*

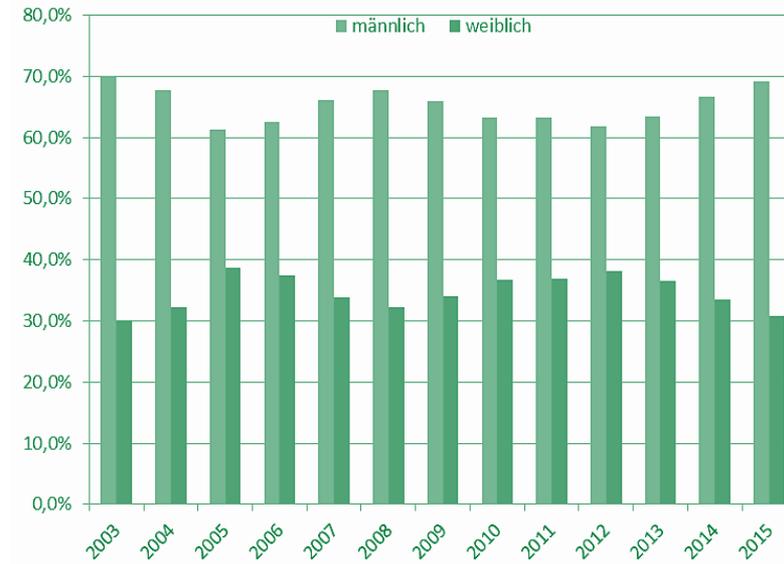
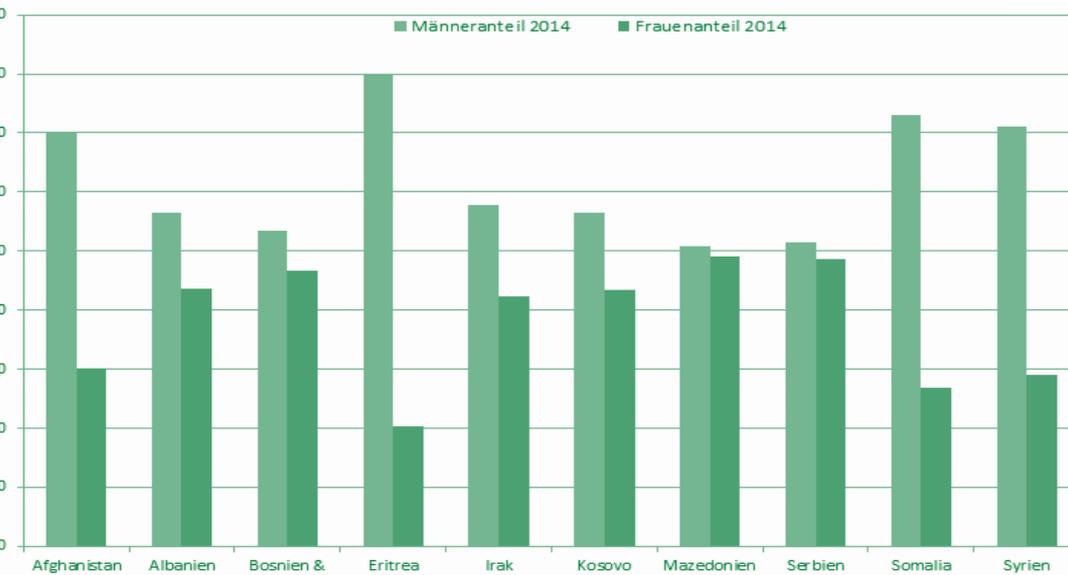
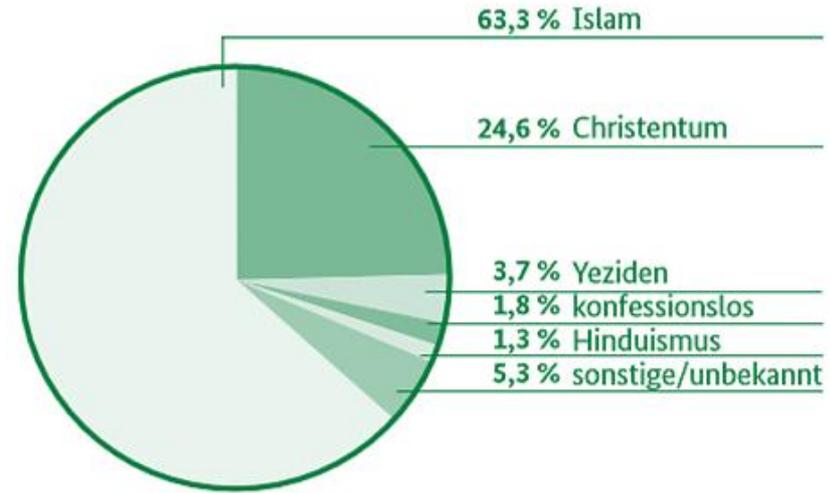
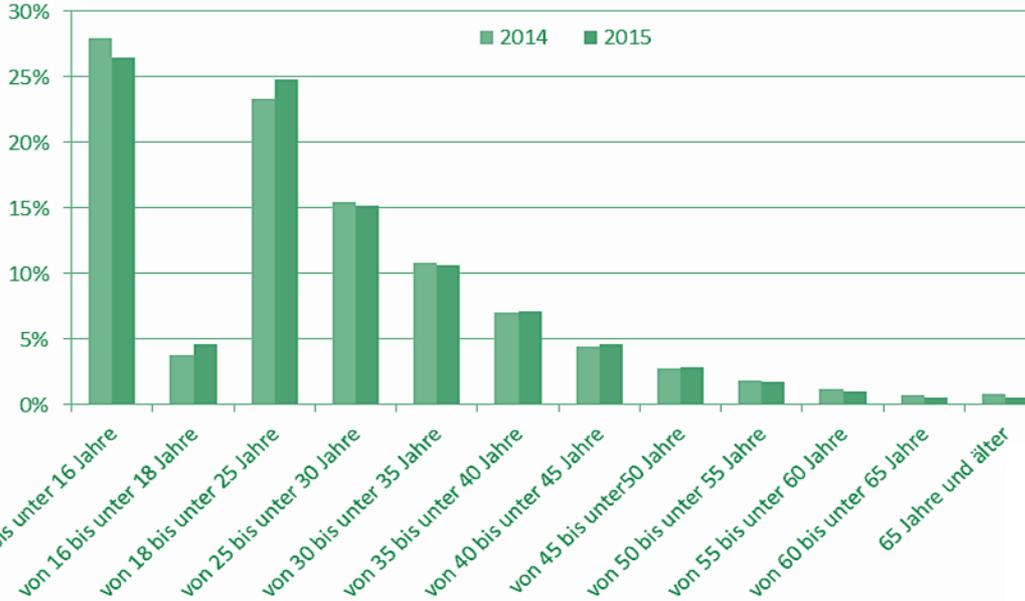
Hauptherkunftsländer im Jahr 2015
Gesamtzahl der Erstanträge: 441.899

* nach Angabe des BMI



Quelle: BAMF

GESCHLECHT & RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT



Quelle: Eurostat / BAMF

QUALIFIKATION*

Tabelle 2: Dauer des Schulbesuchs nach ausgewählten Herkunftsländern (in Prozent)

Herkunftsland	Keine Schule besucht	Bis zu 4 Jahre	5 bis 9 Jahre	10 bis 14 Jahre	15 Jahre oder mehr	Sonstige/Keine Angabe	Gesamt
Afghanistan	18,3	7,1	20,7	48,9	2,8	2,2	100,0
Irak	25,9	10,5	30,9	25,7	3,5	3,5	100,0
Syrien	16,1	6,6	28,9	41,5	4,3	2,6	100,0
Alle sechs HKL	16,4	6,9	22,7	47,9	3,5	2,6	100,0

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.403, gewichtet.

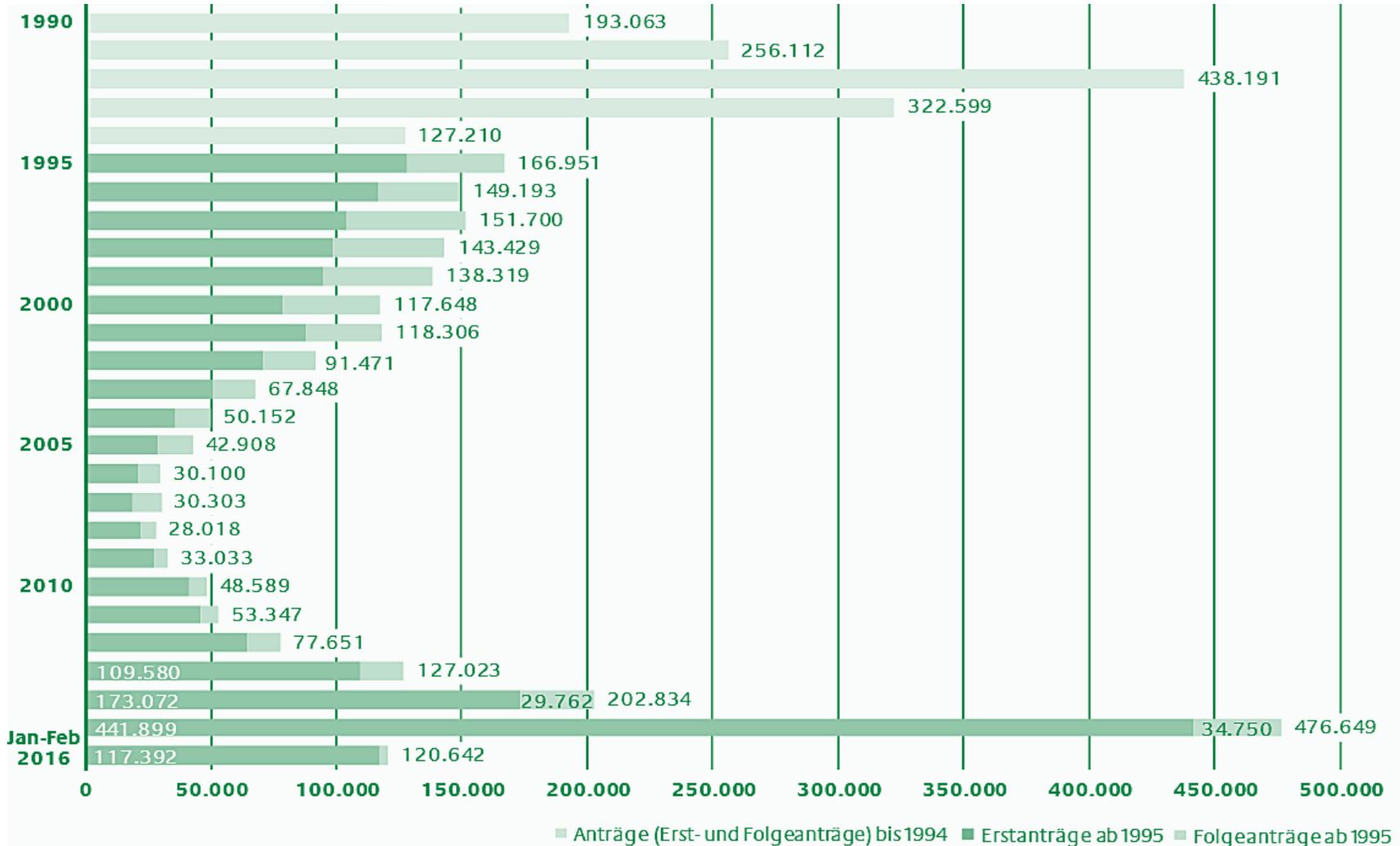
Basis: Befragte mit vorhandenen, plausiblen Angaben zum Schulbesuch (siehe Box 2).

Problem: Die Studie des BAMF sowie alle weiteren veröffentlichten Zahlen sind nicht repräsentativ, weisen Erhebungsprobleme auf oder sind rein retrospektiv: Daher ist die Zuverlässigkeit der Daten sehr begrenzt

ERGO: *BT-Drucksache 18/6420, S. 2: Mit Stand Oktober 2015 liegen nach Aussage der Bundesregierung „keine repräsentativen Angaben zur Qualifikationsstruktur der Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland vor“.*

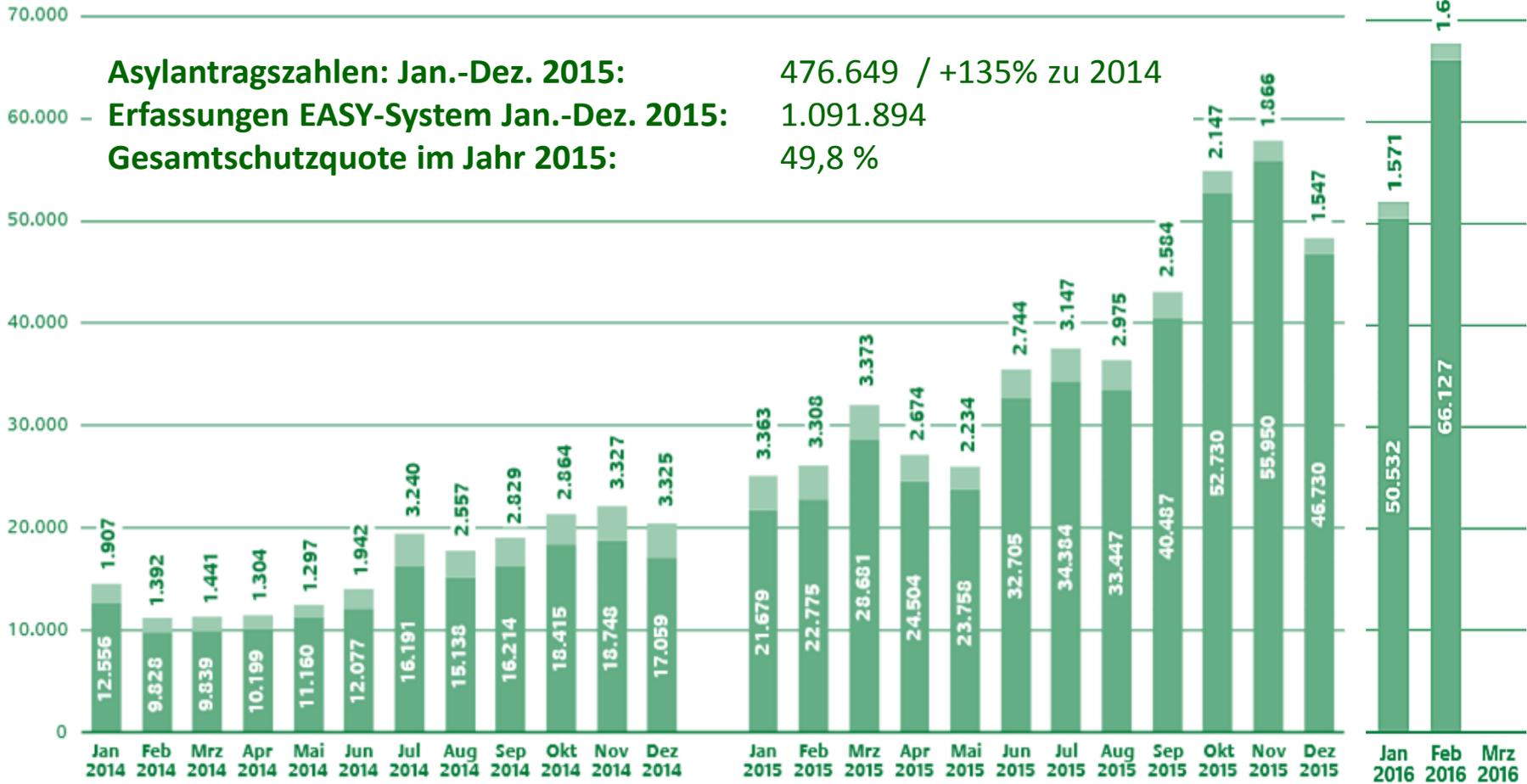
*Befragte sind mehrheitlich männlich, unter 35 Jahre, Aufenthaltsstatus seit. 2008-12, aus: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka, Syrien

ANZAHL ASYLANTRÄGE IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1990 - 2015



Quelle: BAMF

ENTWICKLUNG DER ANTRAGSZAHLEN IN DEUTSCHLAND 2014-16



Asylantragszahlen: Jan.-Dez. 2015: 476.649 / +135% zu 2014
Erfassungen EASY-System Jan.-Dez. 2015: 1.091.894
Gesamtschutzquote im Jahr 2015: 49,8 %

Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglicher Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

■ Erstanträge ■ Folgeanträge
 Angaben in Personen

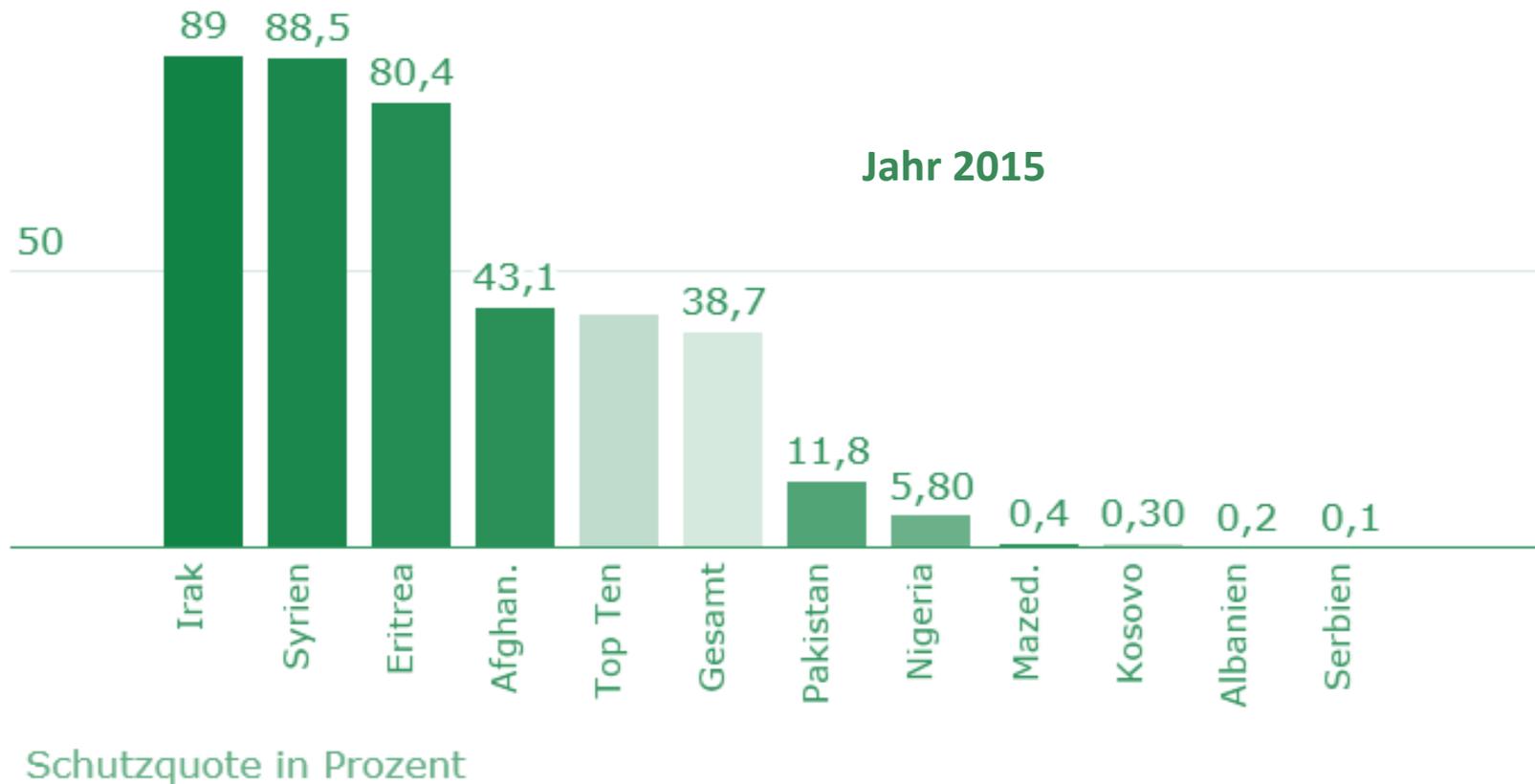
Quelle: BAMF

ENTSCHEIDUNGEN UND ENTSCHEIDUNGSQUOTEN 2007-2016

JAHR	ENTSCHEIDUNGEN über Asylanträge												
	insgesamt	SACHENTSCHEIDUNGEN								FORMELLE ENTSCHEIDUNGEN			
		davon Rechtsstellung als Flüchtling (§ 3 Abs. 1 AsylG, Art. 16 a GG)*				davon Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG*		davon Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 Abs. 5 o. 7 AufenthG*		davon Ablehnungen (unbegründet abgel./ offens. unbegr. abgel.)			
			darunter Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16 a GG und Familienasyl)										
2007	28.572	7.197	24,9%	304	1,1%	226	0,8%	447	1,6%	12.749	44,6%	7.953	27,8%
2008	20.817	7.291	34,6%	233	1,1%	126	0,6%	436	2,1%	6.761	32,5%	6.203	29,8%
2009	28.816	8.115	27,7%	452	1,5%	395	1,4%	1.216	4,2%	11.360	39,4%	7.730	26,8%
2010	48.187	7.704	15,8%	643	1,3%	548	1,1%	2.143	4,4%	27.255	56,6%	10.537	21,9%
2011	43.362	7.098	16,1%	652	1,5%	666	1,5%	1.911	4,4%	23.717	54,7%	9.970	23,0%
2012	61.826	8.764	14,0%	740	1,2%	6.974	11,3%	1.402	2,3%	30.700	49,7%	13.986	22,6%
2013	80.978	10.915	13,3%	919	1,1%	7.005	8,7%	2.208	2,7%	31.145	38,5%	29.705	36,7%
2014	128.911	33.310	25,8%	2.285	1,8%	5.174	4,0%	2.079	1,6%	43.018	33,4%	45.330	35,2%
2015	282.726	137.136	48,5%	2.029	0,7%	1.707	0,6%	2.072	0,7%	91.514	32,4%	50.297	17,8%
Jan-Feb 2016	100.977	64.670	64,0%	340	0,3%	465	0,5%	555	0,5%	25.038	24,8%	10.249	10,1%

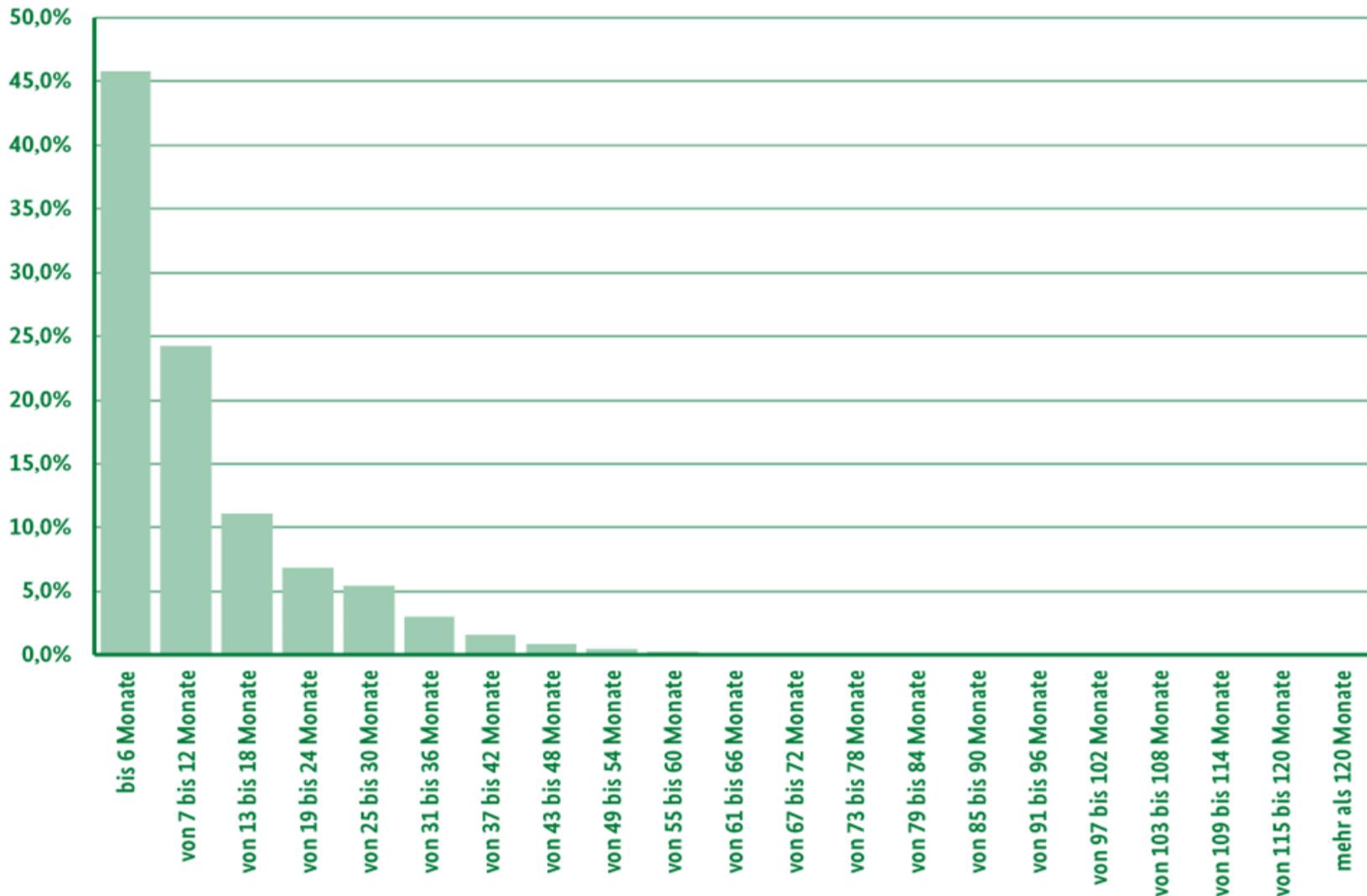
* Rechtsgrundlage für Entscheidungen zu Flüchtlingsschutz, subsidiärem Schutz und Abschiebungsverboten, die bis zum 30.11.2013 getroffen wurden, war § 60 Abs. 1, § 60 Abs. 2, 3 oder 7 S. 2 bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 S. 1 AufenthG. Entsprechende Entscheidungen, die ab dem 01.12.2013 getroffen werden, gründen auf § 3 Abs. 1 AsylG, § 4 Abs. 1 AsylG bzw. § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG.

SCHUTZQUOTEN FÜR ASYLBEWERBER AUSGEWÄHLTER HERKUNFTSLÄNDER



Quelle: FAZ

DAUER VON ASYLVERFAHREN IN 2014*



* Umfasst: Erst- & Folgeanträge, die unanfechtbar abgeschlossen wurden

WAS BEKOMMEN ASYLBEWERBER PRO MONAT?

359 €		359 €		217 €	
Zentrale Erstaufnahme-Einrichtung		1.- 3. Monat		Unterbringung durch die Kommunen	
		3.- 15. Monat			
GRUNDBEDARF	alleinstehend/-erziehend	alleinstehend/-erziehend	Kind unter 6 Jahre		
Essen und Trinken Kleidung und Schuhe Gesundheitspflege Haushalt	 216 € Sachleistung	 216 € abzügl. 28€ Strom Barzahlung 188 €	 133 € abzügl. 5,32€ Strom Barzahlung 128 €		
PERSÖNLICHER BEDARF					
= TASCHENGELD Transport Kommunikation Freizeit/Kultur/Bildung	 Barzahlung 143 €	 Barzahlung 143 €	 Barzahlung 84 €		
	Heizung und Unterkunft wird vom Land bezahlt Anspruch pro Asylbewerber: 6m² Wohnfläche (ohne Bad, Küche, Flur)	Kommune mietet Wohnungen/Zimmer an und bezahlt Unterkunft und Heizung Anspruch pro Asylbewerber: 6m² Wohnfläche (ohne Bad, Küche, Flur)			

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Nach neuem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (24.10.2015) können die Barzahlungen in der EAE teilweise oder vollständig durch Sachleistungen bzw. Wertgutschein gedeckt werden. Die Entscheidung darüber obliegt der Zuständigen Behörde im jeweiligen Bundesland.

GEPLANTE AUSGABEN DER BUNDES-LÄNDER FÜR FLÜCHTLINGE 2016

Angaben in Mrd. Euro

Schleswig-Holstein	0,82	0,17	Mecklenburg-Vorp.
Hamburg	0,62		
Bremen	k.A.	0,66	Brandenburg
Niedersachsen	1,28	0,60	Berlin
		0,45	Sachsen-Anhalt
Nordrhein-Westf. 4,00		0,50	Sachsen
		0,48	Thüringen
Rheinland-Pfalz	0,35	1,30	Hessen
Saarland 0,1		3,31	Bayern
Baden-Württemberg	2,25		

insgesamt 16,52

*Bremen macht keine Angaben für 2016, im laufenden Jahr hat das Land 200 Mio. Euro ausgegeben
WELT Quelle: Finanzministerien der Länder

IM ERGEBNIS

- Die Flüchtlingsdynamik bleibt auch Anfang 2016 hoch, etwa auf dem Niveau von Mitte 2015.
- Seit Ende März ist eine spürbare Beruhigung zu verzeichnen, die monatlichen Zugangszahlen (EASY) sind spürbar gesunken.
- Das BAMF konnte die Bearbeitung von Asylanträgen beschleunigen: Ziel ist es, 50 % der Anträge innerhalb von 48 Stunden zu bearbeiten.
- Die Gesamtschutzquote beläuft sich für 2016 auf ca. 63 % und liegt damit höher als 2015; Ursache: Über 50 % der Flüchtlinge stammen aus Syrien.

POSITIONEN

- Entscheidendes Augenmerk muss auf Integration gerichtet sein, Anforderungen müssen klar definiert werden. Der Entwurf für ein Integrationsförderungs- und -pflichtgesetz wird begrüßt.
- Die Vielzahl nicht arbeitsmarktfähiger Flüchtlinge belastet die Sozialsysteme erheblich; vor allem für Kommunen wird dies ein Kraftakt, bei dem sie angemessen unterstützt werden müssen.
- Ein Aufenthaltsstatus muss unter den Vorbehalt der Rechtstreue gestellt werden. Mehrfach straffällige Flüchtlingen verwirken ihr Aufenthaltsrecht.



CDU

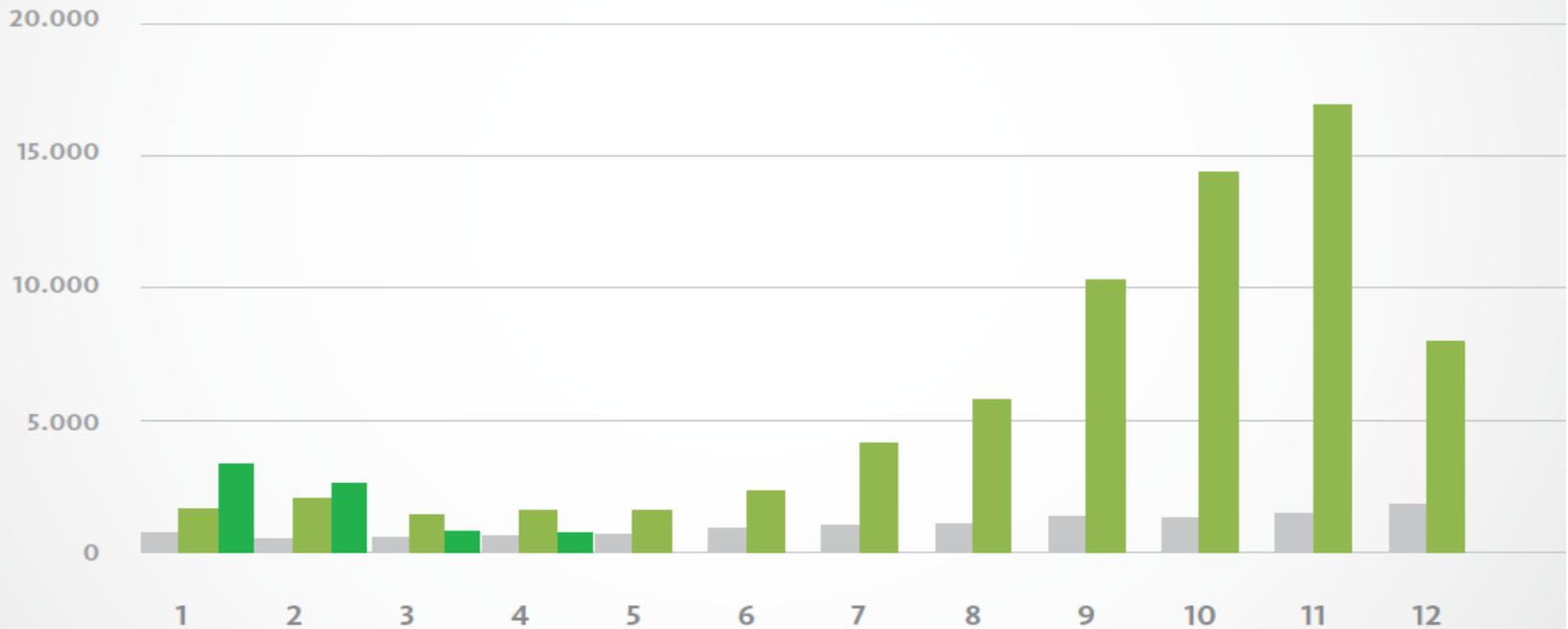
FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

ÜBERBLICK: FREISTAAT SACHSEN

SACHSEN: ENTWICKLUNG DER MONATL. ZUGANGSZAHLEN IN DIE EAE 2014 & 2015

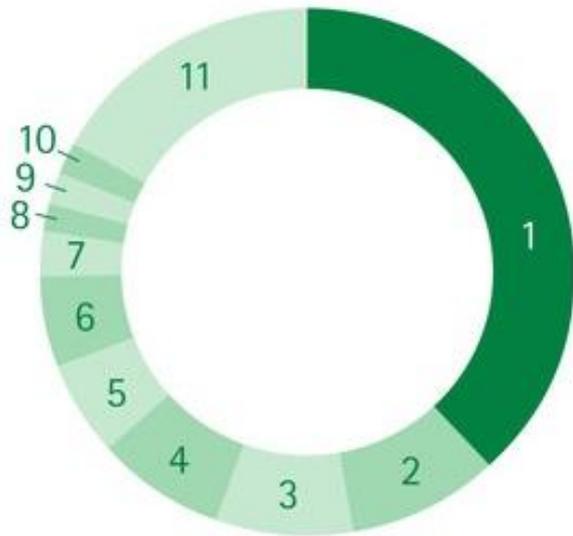
Monatliche Zugänge in Erstaufnahmeeinrichtungen in Sachsen im Vorjahresvergleich

2014
2015
2016



Datum	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe
2014	726	491	523	613	683	867	1002	1077	1352	1283	1452	1771	11.840
2015	1.640	2.011	1.413	1.578	1.570	2.286	4.077	5.759	10.285	14.339	16.862	8.080	69.900
2016	3.041	2.209	857	829									

SACHSEN: HAUPTKUNFTSLÄNDER DER ASYLBEWERBER & STICHTAGSZAHLEN



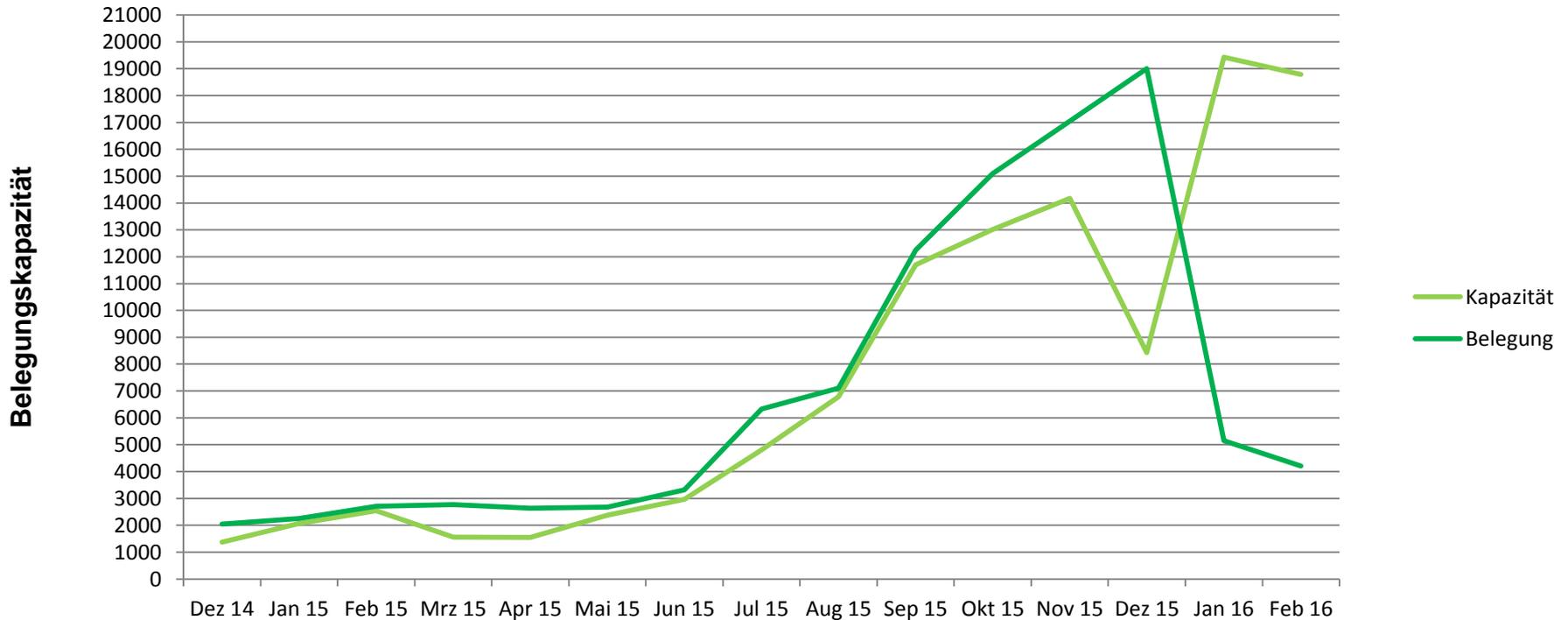
38,4%

und damit mehr als ein Drittel der Asylbewerber in Sachsen stammen aus Syrien. Die Hauptherkunftsländer in Sachsen waren mit Stand zum 30. September 2015*:

*Asylbegehrende nach Herkunftsländern im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2015 in Sachsen.

Asylbewerber in 2015	69.900	Stichtag: 31.12.2015
Asylbewerber in 2016	6.968	Stichtag: 30.04.2016
Vollziehbar Ausreisepflichtige	6.754	Stichtag: 31.03.2016
Anzahl der Asylbewerber in der EAE	2.615	Stichtag: 01.05.2016

SACHSEN: KAPAZITÄT UND BELEGUNG DER EAE SEIT DEZ. 2014

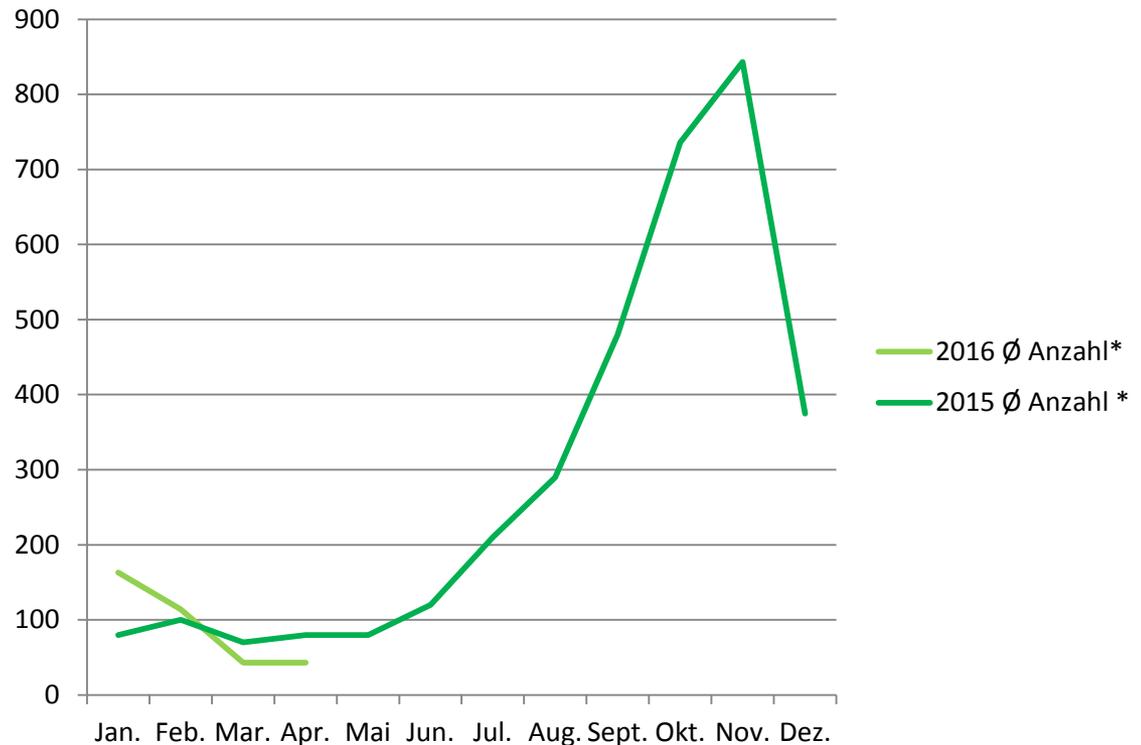


In Sachsen sind Asylbewerber derzeit an **49 EAE-Standorten** untergebracht, verteilt über ganz Sachsen. Davon sind 2 Standorte feste Einrichtungen: Chemnitz/Schneeberg (Kapazität 840) & Leipzig (Kapazität 500). Hinzu kommen soll Dresden (Kapazität 500).

AKTUELLE SITUATION IN SACHSEN – EINIGE FAKTEN

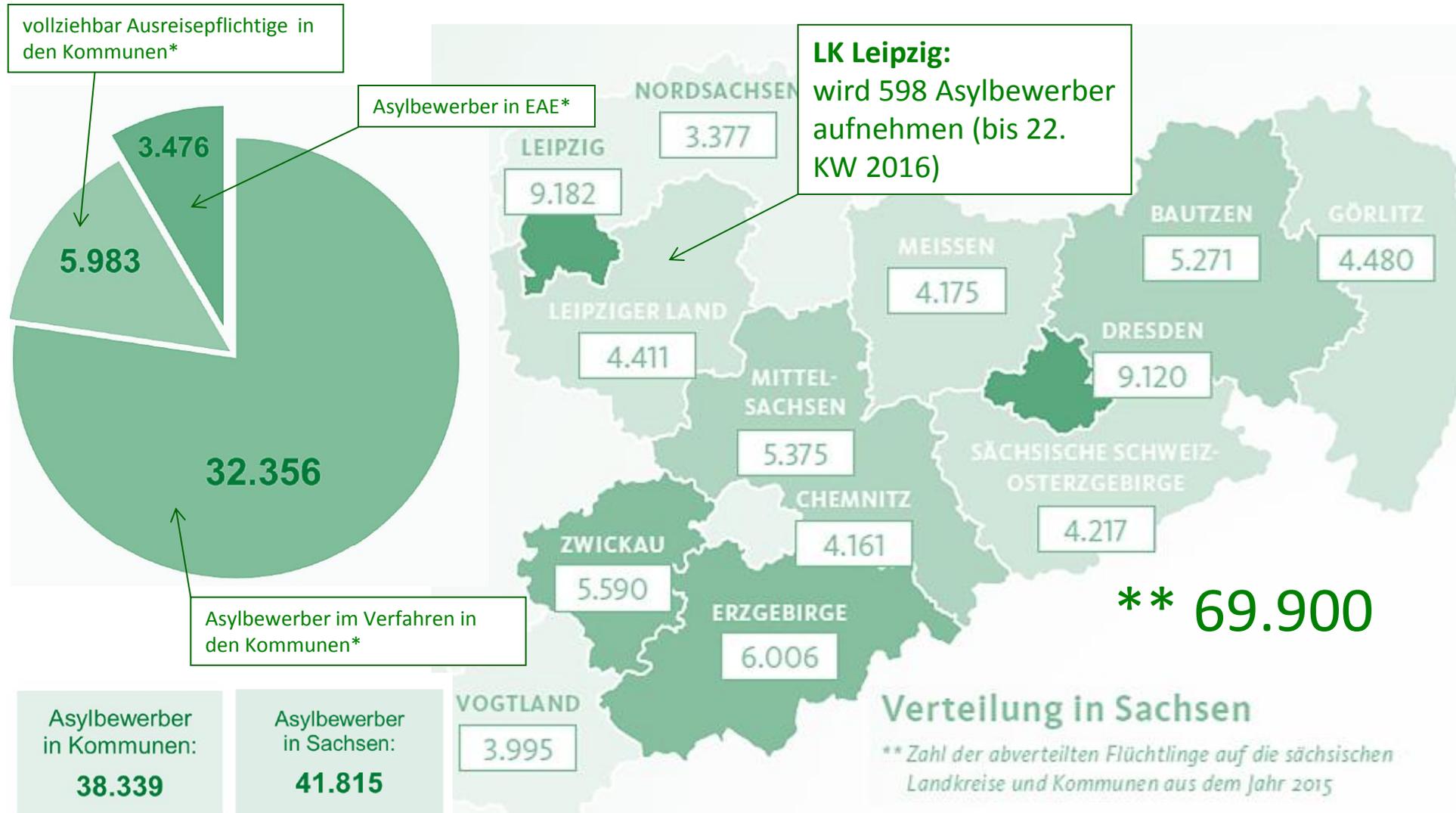
Entwicklung der tägliche Zugangszahlen in Sachsen

Monat	2016 Ø Anzahl*	2015 Ø Anzahl *
Jan.	163	80
Feb.	114	100
Mar.	43	70
Apr.	43	80
Mai		80
Jun.		120
Jul.		210
Aug.		290
Sept.		480
Okt.		736
Nov.		843
Dez.		375



* gerechnet auf 20 Zuweisungstage

ÜBERBLICK: VERTEILUNG AUS DER EAE IN DIE LANDKREISE & KREISFREIEN STÄDTE

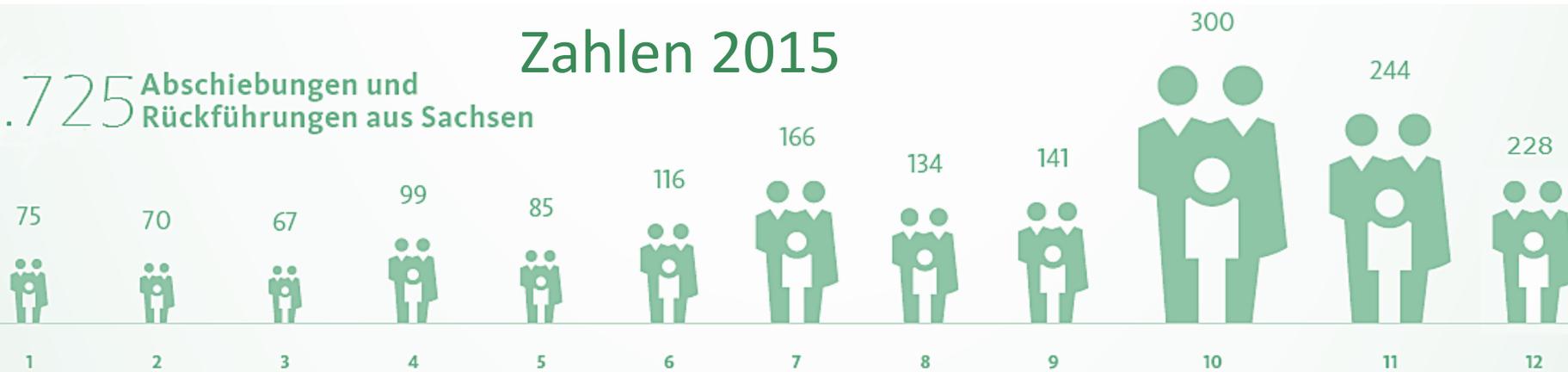


* Stand März 2016

ABSCHIEBUNGEN UND RÜCKFÜHRUNGEN AUS SACHSEN

Zahlen 2015

1.725 Abschiebungen und Rückführungen aus Sachsen

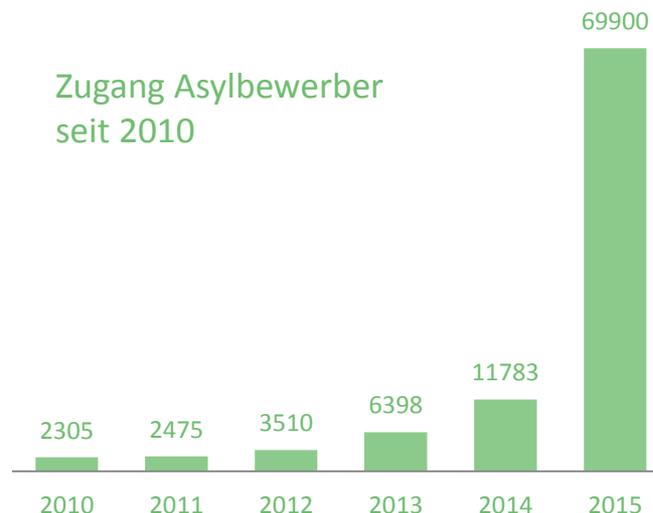


Abschiebungen nach veranlassendem Bundesland

Bundesland	2014	2015	2016*	
Baden-Württemberg	1.080	2.431	769	12,86%
Bayern	1.007	4.195	913	15,52%
Berlin	541	898	553	5,05%
Brandenburg	192	321	97	3,06%
Bremen	17	22	13	0,96%
Hamburg	388	612	205	2,53%
Hessen	829	2.651	436	7,36%
Mecklenburg-Vorpommern	315	740	193	2,03%
Niedersachsen	748	938	535	9,32%
Nordrhein-Westfalen	2.929	4.395	1.324	21,21%
Rheinland-Pfalz	213	482	468	4,84%
Saarland	243	276	14	1,22%
Sachsen	635	724	614	5,08%
Sachsen-Anhalt	570	861	307	2,83%
Schleswig-Holstein	254	397	190	3,40%
Thüringen	234	322	96	2,72%

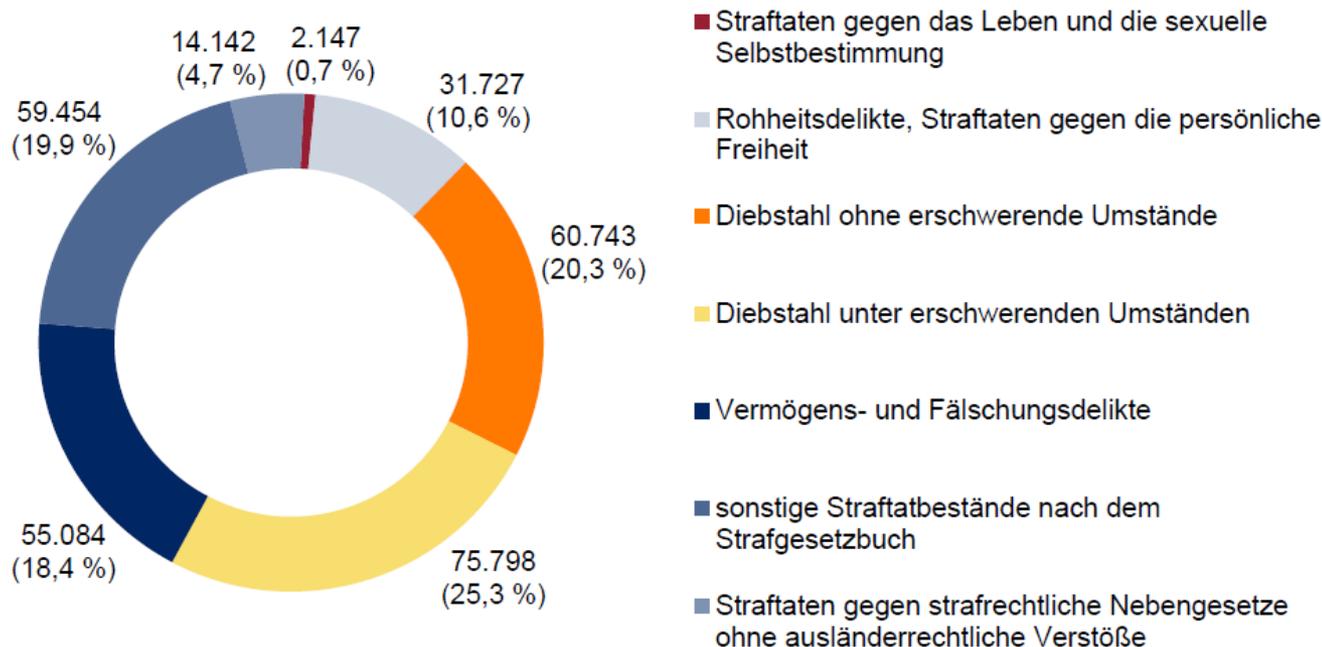
* bis März 2016

Zugang Asylbewerber seit 2010



STRAFTATEN DURCH ZUWANDERER NACH AUSGEWÄHLTEN PHÄNOMENBEREICHEN IN SACHSEN 2015

von 14.414 Straftaten, wurden 6.412 (45 %) von 604 Mehrfach- und Intensivstraftätern begangen, das sind 10 % aller tatverdächtigen Zuwanderer



- Diebstahlsdelikte machen ca. 40 % aller durch Zuwanderer begangenen Straftaten aus (davon 75 % Ladendiebstahl).
- Der Anteil algerischer, marokkanischer, georgischer und tunesischer Staatsangehöriger an allen Straftaten ist auffällig hoch (20 % aller ermittelten tatverdächtigen Zuwanderer sind Tunesier).

SACHSEN: SPRUNGHAFTER ANSTIEG BEI STRAFTATEN GEGEN ASYLBEWERBER

- 118 Gewalttaten **2015** = **viermal so viele Übergriffe wie im Vorjahr** (PMK 2015); 2014 waren es noch 31 Gewalttaten gewesen, davon waren 2015 106 rechtmotiviert (2014: 27)
- Unter die 118 Gewalttaten fallen auch **34 Gewaltdelikte**, darunter **17 Brandstiftungen, neun Körperverletzungen, vier Sprengstoffdelikte, zwei Landfriedensbrüche** sowie **zwei versuchte Tötungsdelikte**.

➡ Diese Zahlen zeigen, dass die rechte Szene das Thema Asyl zunehmend für ihre ideologischen Positionen instrumentalisiert. Die Intensität und Qualität entsprechender Aktionen hängen dabei maßgeblich vom Organisationsgrad der lokalen rechten Szene ab.

SCHWERPUNKT SACHSEN: GEWALT GEGEN ASYLBEWERBER & UNTRKÜNFTFTE

● alle Fälle 0 1,6 Fälle pro 100.000 Einwohner



- Besorgniserregend ist vor allem die Entwicklung der politisch motivierten Gewaltkriminalität. Sie ist im Vergleich zum Vorjahr um über 50 Prozent gestiegen.
- Die Zunahme der Fälle resultiert maßgeblich aus Straftaten mit Bezug zum Thema Asyl und geht mit der starken Polarisierung zwischen Asylgegnern und Asylbefürwortern einher.
- Jedes vierte PMK-Delikt stand 2015 mit dem Thema Asyl im Zusammenhang. 2014 war es nur jedes 17. gewesen.

IM ERGEBNIS

- Sachsen hat die „Flüchtlingskrise 2015“, trotz erheblicher Herausforderungen, vergleichsweise gut bewältigt.
- Sachsen konnte Abschiebungen seit Nov. 2015 deutlich steigern. Allein im Jahr 2016 konnten bisher 1177 (2014: 1037) abgeschoben werden.
- Sachsen hat ein erhebliches Problem bei asylbezogener PMK-rechts (Gewaltdelikte sind um 147 % gegenüber 2014 angestiegen).
- Vergleicht man die Häufigkeit von Straftaten männlicher Zuwanderer mit denen von Sachsen gleichen Alters, so kommt man zu dem Ergebnis, dass Zuwanderer nicht straffälliger sind als Sachsen.

POSITIONEN

- Sachsen ist für einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen gerüstet (EAE-Kapazitäten bleiben auf hohem Niveau erhalten, auch als Puffer für die Kommunen).
- Sachsen wird auch zukünftig vollziehbar ausreisepflichtige Zuwanderer konsequent abschieben.
- Abgelehnte Asylbewerber verbleiben in der EAE, werden zukünftig nicht mehr auf die Kommunen verteilt.
- Zuwanderer, die permanent gegen die Rechtsordnung verstoßen, dürfen kein Bleiberecht erhalten.
- Schnellstmögliche Umsetzung der personellen Aufstockung der sächsischen Polizei (1000 zusätzliche Stellen)



CDU

FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

INTEGRATION

WOVON HÄNGT GELINGENDE INTEGRATION AB? – DIE TOP DREI!

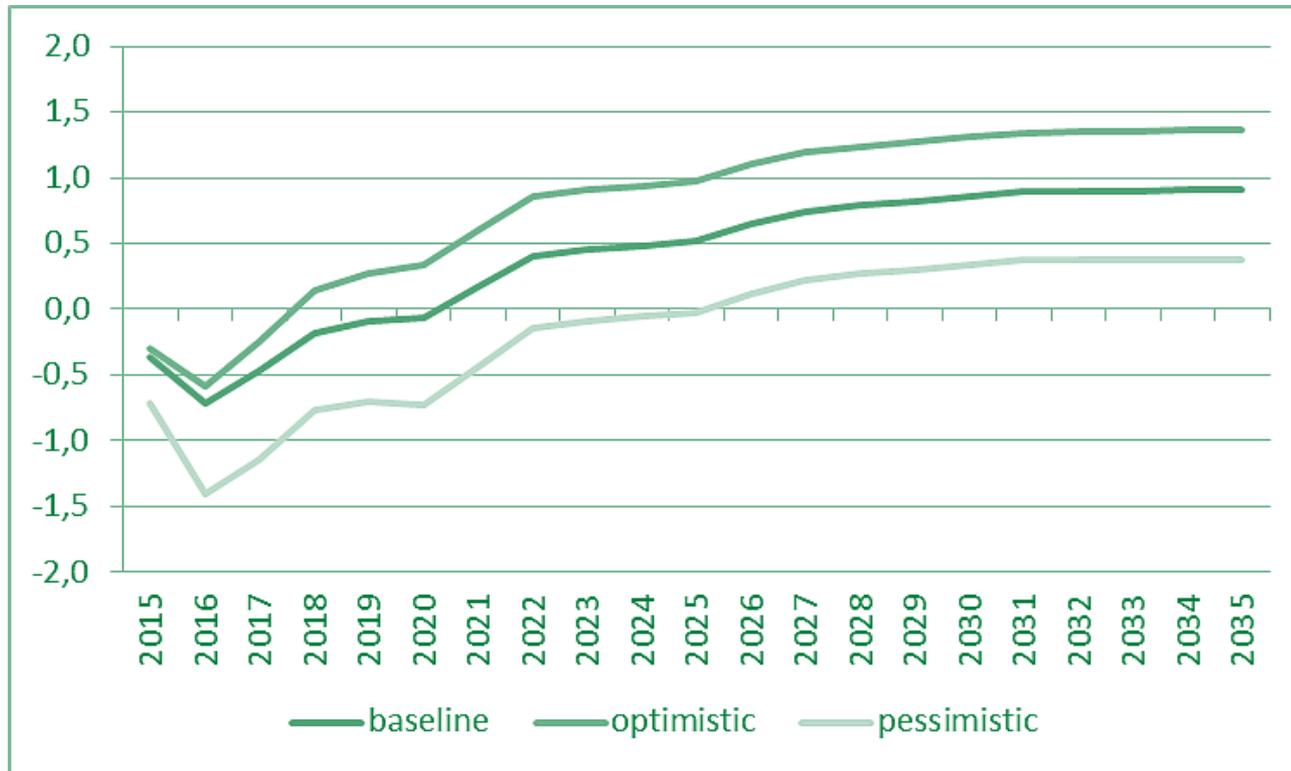
- **Zeit:** Integration gelingt von Generation zu Generation besser (z.B. bzgl. Erwerb von Sprachkenntnissen, Wohneigentum, Abnahme von Wohnsegregation, Eingehen bikultureller Partnerschaften, Hegung von Einbürgerungsabsicht)
- **Bildung:**
 - **Problemgruppen** sind die schlecht Gebildeten, weniger ‚kulturell Ferne‘
 - mangelnde Bildung verstärkt die kulturelle Kluft, z.B.:
Geschlechterkultur: schlecht integrierte Türcinnen (der ersten Generation) vs. überdurchschnittlich gut integrierte Polinnen
- **Arbeit:** Arbeitslosigkeit und Migrantensstatus sind gleich zwei prominente Armutsrisikofaktoren (Folgeprobleme: geringe Kontakte zur einheimischen Bevölkerung, schlechter Spracherwerb, Leben in ‚sozialen‘ und dann auch ‚ethnischen‘ Brennpunkten, Verlangsamung des Aufstiegsmechanismus für die zweite Generation)

PARALLELGESELLSCHAFTEN – VIER KLARSTELLUNGEN

1. Segregation ist ***menschlich-normal***: folglich umso deutlicher zu beobachten, je freier die Menschen in ihrer Wohnortwahl sind → **ethnische Segregation ist allein kein Indikator von Parallelgesellschaften!**
2. Politik sollte sich nicht bemühen, Segregation zu verhindern, sondern alle Wege in die Einwanderungsgesellschaft offen zu halten. Problematisch sind:
 - nahezu vollständig **lebensweltliche** und **zivilgesellschaftliche** sowie weitgehende Möglichkeiten der **ökonomischen Segregation**;
 - nahezu komplette **Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen** (z.B. Rechtsprechung, Heilfürsorge, Sicherheit, ...).
3. Integrationsprobleme: schlecht gebildete & qualifizierte (fehlende Sprachkenntnisse, geringe formale Bildung) & sozio-ökonomisch schwache Zuwanderer (insb. Kurden und Türken der ersten Generation) → führt häufig **zu ethnischer und sozialer Segregation** (= Verstärkung kultureller Differenzen durch schlechte ‚soziale Lagen‘)
4. Deutschland hat hier a) **weniger Probleme als dem Augenschein nach** b) ist **international betrachtet hier nicht schlecht** aufgestellt; außerdem gibt es c) **international keine klaren Zusammenhänge zwischen Ethnien & Konfessionen einerseits und Segregation andererseits**. → zentraler Treiber ist die soziale Lage!

DIW: „INTEGRATION ZAHLT SICH LANGFRISTIG AUS!“

Differenz aus positiven und negativen Effekten der Flüchtlingsmigration auf das BIP



DIW Berlin: „Gelingt es, auch nur einen Teil der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, zahlt sich die Investition aus.“

IM ERGEBNIS

- Integrationsmaßnahmen müssen schnell erfolgen, um subjektive Integrationserfolge zu erzeugen (Motivationsfrage, Anerkennungsforderung).
- Integration ist eine Generationenaufgabe.
- Integration wird nur über Bildung und gesellschaftliche Teilhabe gelingen. Entscheidend ist die Wertintegration.
- Nicht alle Zuwanderer werden integriert werden können (Probleme der „Spätsozialisation“).
- Rückkehroptionen müssen offen bleiben, nicht alle wollen oder können in Deutschland bleiben (ca. 20 %).
- Die Integration vieler tausender Zuwanderer wird teuer. Sie ist vergleichbar mit dem historischen Projekt der Wiedervereinigung.

POSITIONEN

- Integrationsvereinbarungen müssen den Besuch von Betreuungseinrichtungen, Qualifikations- und Sprachstandsfeststellungen und qualifizierende Elternarbeit vorsehen.
- Integrationscenter und Integrationslotsen koordinieren Angebote; eine kommunale Einrichtung muss Anlaufstelle für die Zuwanderer und Flüchtlinge sein.
- Mehr Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge schaffen
- Die Finanzausstattung der Kommunen muss mit der wachsenden Gesamtaufgabe „Integration und Eingliederung“ kurzfristig deutlich verbessert werden, z.B. über die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Steueraufkommen des Bundes.



CDU

FRAKTION DES
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

MAßNAHMEN DES BUNDES

ASYLPAKET I

- **Längerer Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen (bis zu 6 Monaten), Arbeitsverbot und Residenzpflicht** auf 6 Monate erhöht
- **Neue „sichere Herkunftsstaaten“**: Albanien, Kosovo und Montenegro
- **Leistungskürzungen**: Sach- statt Geldleistung möglich / Leistungskürzung nach selbstverschuldeter Verzögerung der Ausreise
- **Abschiebungen ohne Ankündigung**
- **Öffnung der Integrationskurse**: Asylbewerber/innen, bei denen ein „rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist“, können bereits während des Asylverfahrens Integrationskurse besuchen
- **Bundesweite Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf Kommunen**
- **BAföG-Förderung und Konto-Zulassung**: Geduldete Personen erhalten schneller Zugang zu BAföG, zudem erhalten Asylsuchende mit Dokumenten des BAMF ein Konto.

ASYLPAKET II

- **Beschränkung des Familiennachzugs:** Bei Flüchtlingen mit subsidiärem Status wird der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt.
- **„Besondere Aufnahmeeinrichtungen“ / Sonderlager mit Beschränkung des Rechtsschutzes :** Schnellverfahren für Flüchtlinge mit geringer Asyl-Chance / innerhalb einer Woche Asylverfahren durchlaufen, nach drei Wochen abschieben / auch Flüchtlinge ohne Pass fallen unter diese Regelung
- **Verschärfte Abschiebungen:** Abschiebung wird nur noch bei schwerwiegenden, akuten Krankheiten ausgesetzt
- **Weitere sichere Herkunftsstaaten:** Algerien, Marokko und Tunesien

**VIELEN DANK FÜR DIE
AUFMERKSAMKEIT.**

© 2016 CDU Büro Christian Hartmann